

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 5

Artikel: Zio-Imperialismus?
Autor: März, Eduard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338243>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zio-Imperialismus?

Redaktionelle Vorbemerkung

Die fundierte Abhandlung von Eduard März bedürfte an sich keines Vorworts. Sie verdient aber besonders hervorgehoben zu werden, nachdem Redaktion und Verlag der Zürcher «AZ» nicht in der Lage waren, dem Problem Israel einigermaßen gerecht zu werden. Ausgangspunkt der Israeldiskussion in der «AZ» war ein nicht eben israelfreundlicher Kommentar aus der Feder von Dr. Regula Renschler mit der französischen Logik: «Cet animal est bien méchant. Quand on l'attaque il se défend.»

Nicht zu beschneiden ist zwar auch einer Auslandredaktorin die Freiheit, zu einem politisch noch so «heiklen» Thema eine eigene Auffassung zu äussern. Wo diese aber schlecht in eine sozialdemokratische Landschaft passt, muss die Redaktion gegenüber der Diskussion so offen wie grosszügig sein und gehe dies auf Kosten der Sportseite. Warum durfte aber die Antwort von Regierungsrat Max Wullschleger «Der Ermordete ist schuld» nicht im zentralen Teil der «AZ» erscheinen? Und wie lässt es sich vertreten, dass einem ehemaligen Chefredaktor zugemutet wurde, seinen Diskussionsbeitrag auf 20 Zeilen zu reduzieren?

Auch die Stellungnahme des Verlagsleiters Ueli Götsch vermag die irritierten Leser nicht zu beruhigen. Nationalrat Götsch schreibt: «Information ist heilig, der Kommentar ist frei.» U. Götsch irrt. Für eine Zeitung, die von einem politischen Ethos getragen sein will, kann nicht die Information heilig sein, sondern allein die Wertung. Auch «Jasmin» informiert. Wie aber wertet die Verlagsleitung der «AZ» das Problem Israel? Sie ist einerseits für Israel, möchte aber anderseits nicht kritiklos sein. Wie formuliert sie diese Kritik? Kommt letztere einer Konzession an die Thesen von Regula Renschler gleich? Diese Frage ist unerbittlich gestellt; denn die Situation im Nahen Osten ist zu ernst, als dass sich das Sprachrohr einer sozialdemokratischen Partei in dieser Sache noch allzu lange eine zweideutige Haltung leisten kann.

Dr. Eduard März ist Linkssozialist. Er wurde bekannt als Verfasser zahlreicher bemerkenswerter ökonomischer Schriften, in denen er sich nach wie vor zum Marxismus bekennt. Um so radikaler geht er dem Problem Israel auf den Grund und gelangt dabei zu Ergebnissen, welche auch die Auslandsredaktion der Zürcher «AZ» überdenken sollte. R. L.

«Schande über den verfluchten Zarismus, der die Juden gequält und verfolgt hat. Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Hass gegen andere Nationen sät.»
W. I. Lenin

1. Der amerikanische Imperialismus

Die Imperien klassischer Prägung, das britische Weltreich und seine Mächtegerivalen Frankreich, Deutschland und Japan, haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg mehr oder weniger rasch aufgelöst. An ihre Stelle sind die USA getreten, auf welche der Begriff eines imperialistischen «Mitläufers» heute nicht mehr zutrifft.

Aber der neuzeitliche amerikanische Imperialismus unterscheidet sich von seinem britischen Vorgänger in einigen nicht unwichtigen Belangen: seine ausländischen wirtschaftlichen Interessen sind hauptsächlich auf Kanada und Westeuropa konzentriert, also auf die nach den USA am höchsten industrialisierten Gebiete. Weitere Konzentrationspunkte – von jedoch vergleichsweise sekundärer Bedeutung – sind Lateinamerika und die Länder des Mittleren Ostens. Man dürfte sich kaum einer Übertreibung schuldig machen, wenn man von beginnenden amerikanischen Rückzugsmanövern gerade in den zuletzt genannten Regionen spricht. (Man denke an die Verstaatlichung amerikanischer Öl- und Kupferinteressen in Peru, Bolivien und Chile.) Auf die Ursachen dieser Erscheinung werden wir später zurückkommen.

Die strategischen Interessen der USA sind natürlich viel weiter gezogen als ihre wirtschaftlichen. Sie umspannen den grössten Teil unseres Erdballs. Die Erklärung für die Existenz dieses gewaltigen Imperiums, das im Verlauf von zwei Jahrzehnten mit dem bekannten amerikanischen Know-how – quasi im Fertigteilverfahren – aufgebaut wurde, ist in *letzter Instanz* in sozioökonomischen Umständen zu suchen. Das soll natürlich nicht heissen, wie dies ein in Moskau oder Peking beheimateter vulgarisierter Marxismus behauptet, dass mit den über die ganze Welt verstreuten militärischen Stützpunkten jede einzelne wirtschaftliche Einflussphäre abgeschirmt werden soll. In Wahrheit geht es nicht um die Behauptung der einen oder anderen vorgeschobenen Position, sondern um die Erhaltung eines *globalen Status quo*, der den USA optimale wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten sichern soll.

Die amerikanische Regierung steht so dem England Harold Wilsons, dem Spanien Francos, dem Kongo Mobutus usw. mit dem gleichen – sich in Hilfeleistungen militärischer sowie wirtschaftlicher Natur manifestierenden – Wohlwollen gegenüber, da es sich überall um sozioökonomische Systeme handelt, die sich trotz unterschiedlicher politischer Traditionen der Welt des «free enterprise» zuordnen lassen.

Die USA in der Defensive

Aber täuschen wir uns nicht. Die Vereinigten Staaten befinden sich trotz ihren vielen Verbündeten und ihrem die ganze Welt umfassenden militärischen Apparat in der politischen, ideologischen und moralischen Defensive. Dies wird nirgends so klar wie in *Vietnam*, wo sich die Mehrheit eines kleinen Volkes dagegen wehrt, in eine Beziehung der «Komplementarität» zu den USA zu treten, vielmehr getreten zu werden.

Aber auch in anderen Teilen der Welt, vor allem in *Lateinamerika*, bereiten sich gesellschaftliche Lösungen vor, die ein Herausbrechen der Satellitennationen aus den alten ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen ankündigen.

Dazu kommt, dass ein wachsender Teil der *öffentlichen Meinung* in Amerika die Unabhängigkeitsbestrebungen der Völker der dritten Welt unterstützt. Im Gegensatz zu ihrem imperialistischen Rivalen, der Sowjetunion, kann sich keine amerikanische Regierung auf lange Sicht den Luxus leisten, mächtige politische Gegenströmungen zu ignorieren. Sie mag versucht sein, wie der frühere Präsident Johnson dies getan hat, die öffentliche Meinung im Sinne des offiziellen Kurses eine Zeitlang zu manipulieren, aber auch in Amerika sind den «geheimen Verführern» – trotz Herbert Marcuse – gewisse Grenzen gesetzt, insbesondere dann, wenn offizielle Erklärungen von der rauhen Wirklichkeit so prompt und entschieden Lügen gestraft werden. Bekanntlich hat schon Abraham Lincoln gesagt: «You can't fool of the people all of the time.»

So ist der klassische Imperialismus in seiner jüngsten amerikanischen Erscheinungsform von einem raschen äusseren sowie inneren Zerfallsprozess bedroht. Dieser Prozess wird durch das Entgegenwirken eines auf völlig anderen Grundlagen entstandenen neuen imperialistischen Systems zum Teil gefördert, zum anderen Teil aber abgeschwächt. Wir meinen den immer stärker – auf der Ebene der Weltpolitik – hervortretenden Sowjetimperialismus.

2. Der sowjetische Imperialismus

Nur wenige hätten dem «ersten Staat der Arbeiter und Bauern» an der Wiege vorausgesagt, dass er sich nach kaum dreissigjährigem Bestand zur zweitgrössten imperialistischen Macht herausmausern würde. War er doch mit dem Blut seiner besten Söhne auf den Trümmern des alten Zarenreiches errichtet worden, um der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Klasse durch die Klasse, der Nation durch die Nation ein für allemal ein Ende zu bereiten. In der ersten Leninschen Verfassung wurde das Recht der Lostrennung jedes der vielen Teilstaaten der Sowjetunion feierlich verbrieft. Der alten Welt der imperialen Beziehungen zwischen den Völkern wurde furchtlos der Fehdehandschuh hingeworfen.

Die Sowjetunion hat schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt ihrer Geschichte diesen erhabenen ethischen Postulaten zuwidergehandelt. *Geor-*

gien, das sich unter einer menschwistischen Regierung unabhängig zu machen versuchte, wurde bekanntlich ohne viel Federlesens in die sowjetische Gemeinschaft «zurückgeführt». In der Zeit des Zweiten Weltkrieges verfuhr man dann auf eine viel summarischere und grausamere Art mit den *Wolgadeutschen* und den in der Krim beheimateten *Tataren*.

Am klarsten zeigen sich jedoch die tiefen Wandlungen, die sich in der Sowjetunion in einem halben Jahrhundert vollzogen haben, an der Behandlung der *jüdischen Minorität*.

Im Zarenreich war die Stellung der Juden durch Rechtsunsicherheit und zeitweilige Verfolgung gekennzeichnet. Antisemitismus – manchmal in seiner kriminellen brachialen Form – wurde von den Behörden immer wieder geschürt, um die wachsenden sozialen Spannungen auf eine vom Standpunkt des Regimes harmlose Weise zu «kanalisieren».

Das Russland Lenins erblickte im Antisemitismus das verabscheuungswürdigste Symbol der untergegangenen Ära und stellte jede Manifestation einer solchen in der Vergangenheit wurzelnden Gesinnung unter drakonische Sanktionen. Die Ächtung des Antisemitismus blieb bis tief in die dreissiger Jahre eine der positiven Errungenschaften des neuen Russlands. Aber sie war nur ein Relikt aus der frühen revolutionären Periode, dessen sich die neuen Machthaber recht bald entledigen sollten.

Sozioökonomische Ursachen des Stalinismus

Trotzki hat einmal in einer Polemik gegen Lenin im Jahre 1903 die geniale Voraussage gemacht, dass die Konzentration der Macht dazu führen müsste, dass sich die Parteiorganisation an die Stelle des Fussvolks, das Zentralkomitee an die Stelle der Parteiorganisation und der einsame Diktator an die Stelle des Zentralkomitees setzen würde. Die ökonomische Rückständigkeit des neuen Russlands, die Notwendigkeit seiner forcierten Industrialisierung, die gewaltsame Vertreibung der Kulaken von Grund und Boden und der chronische Mangel an technisch qualifizierten Kadern waren die materielle Grundlage für das Emporwuchern eines weitverästelten bürokratischen Apparates, der in seiner Festigung und Perpetuierung sehr bald seine wichtigere Aufgabe erblickte.

Die Vergottung Stalins war die den neuen sozialen Strukturen adäquate ideologische Erscheinungsform.

Jede Despotie hat ein paranoides Sicherheitsbedürfnis, das sich von der Sphäre der Innenpolitik zwangsläufig auf die der Aussenpolitik überträgt. Da sie ihrem politischen Gegner den gleichen kriminellen Aggressionstrieb imputiert, dessen sie sich in der täglichen Praxis tausendfach schuldig macht, kann es keine klaren Grenzen zwischen innerer Subversion und äusserer Aggression geben. Trotzki, Bucharin und Pjatakow waren Feinde des stalinistischen Regimes, ergo führten sie die Restauration des Kapitalismus im Schilde, ergo mussten sie zu Verbündeten von Nazideutschland und Japan werden usw. usw.

Anfänge der sowjetischen Expansion

An einem bestimmten Punkt schlägt dieses pathologisch verzerrte Sicherheitsbedürfnis in einen mächtigen Impuls zur äusseren Expansion um. Nun heisst es, die «heiligen» Grenzen des sozialistischen Vaterlandes für ewige Zeiten zu schützen. Stalin betont nicht mehr sein genealogisches Verhältnis zu Marx, Engels und Lenin, sondern zu den russischen Generälen Suwarow und Kutusow.

Gegen Ende des Krieges werden zunächst die imperialen Grenzen des alten Russlands erneuert und erweitert. Später schafft man ein «strategisches Vorfeld» in Europa, indem man die dort lebenden europäischen Völker in das neue Imperium zwangsweise einfügt. Die «sozialistische Revolution» wird nun nicht mehr vom europäischen Proletariat, sondern von den Bajonetten der siegreichen Roten Armee (und den Spezialabteilungen des NKWD) verbreitet. Dabei ergeben sich so paradoxe Situationen wie die in Rumänien, wo es zum Zeitpunkt der Etablierung einer «Volksdemokratie» nur wenige hundert kommunistische Parteimitglieder gibt.

Das «strategische Vorfeld» hat sich als ein zweifelhafter Segen vom Standpunkt des Sicherheitsbedürfnisses der UdSSR erwiesen. Man muss in diesem Zusammenhang nur auf die Jahreszahlen 1948, 1953, 1956 und 1968 verweisen. Selbst die jahrhundertealte Freundschaft der Südslawen und Tschechen wurde dem Drang nach imperialer Geltung zum Opfer gebracht. So ist es auch folgerichtig, dass der Leninsche Grundsatz vom Recht der Lostrennung der mit Russland verbündeten Völker durch die Breschnew-Doktrin ersetzt wurde, die mit brutaler Offenheit das Interventionsrecht der Sowjetregierung in ihrer Macht- und Einflussphäre sanktioniert.

Es ist hier nicht der Ort, den Einfluss dieser tiefreichenden politischen und sozialen Veränderungen auf das geistige Leben in der Sowjetunion zu untersuchen. Mit der Etablierung der Diktatur Stalins erstirbt die gesellschaftswissenschaftliche Forschung schon deshalb, weil die meisten ihrer Träger in die Verbannung oder den Tod geschickt werden. Der Marxismus verwandelt sich in ein unfruchtbares Ritual, das bei passenden Gelegenheiten vom obersten Kriegsherrn, der zugleich auch die Funktion eines Oberpriesters ausübt, zelebriert wird.

Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, dass in der Sowjetunion seit mehr als einer Generation keine gesellschaftswissenschaftliche Studie von Format und kein grosses zeitgeschichtliches Werk erschienen ist. In seinem Machtbereich kann das Regime nichts anderes als politische Legendenbildung tolerieren.

Antisemitismus in der Sowjetunion

Die Stellung der Juden konnte von diesen Vorgängen nicht unberührt bleiben, zumal Stalin und seine Entourage sich mit der Verschärfung der innerparteilichen Auseinandersetzungen einem immer offener zur Schau

getragenen Antisemitismus verschrieben. Von der Spitze sickerte das Gift in den Parteikörper und von dort in alle Poren der Gesellschaft. Solschenizyn beschreibt diese Entwicklung in seinem grossen Roman «Der erste Kreis der Hölle»:

«An sich war es nichts Neues. Es hatte bereits im vergangenen Frühjahr damit angefangen, dass in einer Theaterkritik, scheinbar ganz beiläufig, auf den jüdischen Ursprung einiger Familiennamen hingewiesen wurde. Dann schlich es sich in die Literatur ein. In einem zweitrangigen Blättchen, das sich mit allem möglichen beschäftigt ausser mit seinem eigentlichen Aufgabenbereich, setzte irgend jemand ein kleines, giftiges Wort in die Welt – Kosmopolit. Nun hatte man den Namen gefunden. Dieses wundervolle, stolze Wort, das alle Welten des Alls hätte umfassen können, mit dem sich die grössten Geistesfürsten bekränzten – Dante, Goethe, Byron –, dieses Wort verblasste im Käseblättchen, schrumpfte zischend zusammen und bedeutete plötzlich nur noch – Jude. Dann kroch es weiter und begann sich verschämt hinter geschlossenen Türen in Personalakten zu verbergen. Und nun berührte dieser eiskalte Hauch bereits die Kreise der technischen Intelligenz . . .» («Der erste Kreis der Hölle», Seiten 490 f.)

Der Jude verwandelte sich so wieder – nach einem kurzen Intervall der Gleichberechtigung und des staatlichen Wohlwollens – in einen Staatsbürger zweiter und dritter Klasse. Seine bedeutendsten kulturellen Exponenten wurden ermordet, seine religiösen Kultstätten der Reihe nach geschlossen, sein akademischer Aufstieg erschwert und seine Aufnahme in die Spitzen der staatlichen Verwaltung und des Parteiapparates sistiert. Am Beispiel des von den Behörden in bester zaristischer Tradition kultivierten Antisemitismus kann man das Ausmass der Deformierung der sowjetrussischen Gesellschaft mit besonderer Deutlichkeit erkennen.

3. Die Sowjetunion und Israel

Im Jahre 1948 wurde der Staat Israel unter der Patenschaft der Vereinten Nationen gegründet. Die kommunistische Bewegung hatte seit eh und je den Zionismus als eine bürgerlich-nationalistische Strömung bekämpft, da, in Anlehnung an Marx, die Emanzipation des Menschen als Emanzipation von seiner bürgerlich-nationalistischen Daseinsform aufgefasst wurde. Der junge Staat fand jedoch zur Zeit seiner Gründung überraschenderweise vor den Augen Stalins Gnade. Zu seinen beredtesten Befürwortern gehörte der damalige Vertreter der UdSSR bei den Vereinten Nationen, Andrej Gromyko, der ironischerweise als Aussenminister 20 Jahre später den Abbruch der Beziehungen seines Landes zu Israel verfügte. Aus seiner Rede im Jahre 1948 sei der folgende interessante Passus gebracht:

«Was den jüdischen Staat betrifft, so ist seine Existenz bereits ein Faktum . . . Die Delegation der UdSSR kann sich nicht enthalten, ihr Erstaunen über die Einstellung der arabischen Staaten in der palästinensischen Frage auszudrücken. Ganz besonders sind wir überrascht zu sehen, dass

diese Staaten oder zumindest einige von ihnen sich entschlossen haben, militärische Massnahmen zu ergreifen mit dem Ziele, die nationale Befreiungsbewegung der Juden zu vernichten.»

Was hatte Stalin bewogen, dieser späten Frucht jahrzehntelanger zionistischer Bemühungen seinen Segen zu erteilen? Wir können, solange die sowjetischen Archive geschlossen bleiben, der Antwort nicht sicher sein. Mag sein, dass das grauenhafte Gemetzel unter der europäischen Judenschaft den Diktator nicht völlig unberührt gelassen hatte. Schliesslich war selbst eines seiner Enkelkinder von teilweiser jüdischer Herkunft. Man dürfte jedoch gut beraten sein, solchen sentimentalischen Erwägungen kein allzu grosses Gewicht beizumessen. Wichtiger dürfte die mehr nüchterne Erwägung gewesen sein, dass der neue Judenstaat der Sowjetunion ein gewisses Mass an politischem Einfluss in einer Weltgegend sichern würde, in der die Westmächte bisher eine unangefochtene Machtstellung eingenommen hatten.

Die ersten Erfahrungen schienen dieser Hypothese recht zu geben. Die Sowjetunion erfreute sich zunächst sehr grosser Popularität in dem neuen Gemeinwesen. Israels Aussenpolitik war in diesen frühen Jahren nicht unwesentlich von den Neutralitätskonzepten eines Nehru, Tito und Sukarno beeinflusst. Stalins Nachfolger begannen allerdings recht bald zu erkennen, dass die explosive Situation, die durch die Existenz des neuen Staates im Nahen Osten entstanden war, die Chance auf die Verwirklichung uralter imperialistischer Expansionsbestrebungen in sich trug. Es fing so die Zeit des sowjetischen Flirts mit dem arabischen Nationalismus an.

Die Liebeserklärungen der Sowjetunion für die arabischen Nationalstaaten waren von Anfang an durch ein selbst im Bereich zwischenstaatlicher Beziehungen selten beobachtetes Mass an Zynismus gekennzeichnet. Man bedenke, dass selbst Militärdiktaturen vom Typ Nassers, El-Bakrs oder Atassis im Grunde genommen konservative sozialpolitische Gebilde sind, in denen Nationalismus, Religion und überkommene hierarchische Rangvorstellungen zu den stärksten moralischen und ideologischen Kräften gehören. Bezeichnenderweise sind die kommunistischen Parteien in allen diesen Ländern zu einer äusserst prekären, bestenfalls nur halblegalen Existenz verurteilt. Für das Regime eines Feisal oder Hussein müsste selbst diese Charakterisierung noch «euphorisch» genannt werden. Hier handelt es sich einfach um mittelalterliche Kalifate, deren wichtigste Beziehung zum 20. Jahrhundert sich im Gebrauch moderner Mordwerkzeuge erschöpft.

Während die für die sowjetische Sprachregelung zuständigen Instanzen die arabischen Länder sehr bald in den Rang von «fortschrittlichen Nationalstaaten» – einer Art Vorstufe von Volksdemokratien – erhoben, war der Prozess im Falle Israels der entgegengesetzte. Dieses sank sehr bald zu einem «Aggressor» und «Gendarmen im Dienst des westlichen Imperialismus» herab. Die Rolle, die Israel im Suezkrieg des Jahres 1956 spielte, gab

leider den sowjetischen Schmähungen einen gewissen Schein der Berechtigung.

Die antizionistische Propaganda nach dem Sechstagekrieg

Die antiisraelische und antizionistische Propaganda hat in der Sowjetunion und in einigen ihrer Satellitenstaaten, insbesondere nach dem Sechstagekrieg, merklich an Stimmkraft zugenommen. Dabei ist es zu einer erstaunlichen Annäherung an die begrifflichen Vorstellungen der früher so heftig befehdeten Welt des Nationalsozialismus und Faschismus gekommen. Wir können nun gelegentlich, wie weiland im «Stürmer» oder «Völkischen Beobachter», auch in der Sowjetpresse Belehrung über die engen Zusammenhänge zwischen Zionismus, Weltjudentum und Kapitalismus finden. Eine kurze Kostprobe aus der «Komsomolskaja Prawda» vom 4. Oktober 1967 soll dies illustrieren:

«Zionismus ist ein unsichtbares, aber weites und mächtiges Imperium von Finanzleuten und Industriellen, ein Imperium, welches nicht auf den Landkarten unserer Welt zu finden ist, aber welches überall in dem kapitalistischen Lager besteht und funktioniert. Die Menschheit hat den Zionismus in seiner wahren Gestalt zum erstenmal um die Mitte des 20. Jahrhunderts kennengelernt . . . Die praktische Anwendung des Zionismus auf die Affären des Nahen Ostens beinhaltet Völkermord, Rassismus, Hochverrat, Aggression und Annexion, also alle charakteristischen Eigenschaften des Faschismus.»

Obwohl Auslassungen der obigen Art in der Sowjetpresse keinen Seltenheitswert besitzen – man denke an die schmutzige Attacke der Moskauer «Iswestija» gegen den früheren tschechischen Aussenminister Hajek, dem man den Namen Karpeles taxfrei verlieh und obendrein auch der konfidentiellen Beziehungen zur Gestapo bezichtigte (vgl. «Volksstimme», 4. September 1968) –, sind sie noch immer kein Bestandteil der täglichen journalistischen Praxis. Die unverhüllte rassistische Doktrin ist kaum für eine brauchbare ideologische Verbindung mit den Lehrsätzen des «Marxismus-Leninismus» geeignet, solange dieser durch ein – selbst recht entferntes – verwandtschaftliches Verhältnis zur originären Lehre gekennzeichnet ist. Aber der heutige ideologische «Schwebezustand» kann nicht von langer Dauer sein. Die durch die Okkupation der Tschechoslowakei geschaffene Lage erweist sich schon jetzt als ein besonders fruchtbarer Boden für chauvinistische und imperialistische Doktrinen, die man möglicherweise eines Tages unter dem Namen «Marxismus-Stalinismus» systematisieren wird.

Die israelische Regierung hat die Interessen ihres Landes nicht immer in der überzeugendsten Weise vor der Weltöffentlichkeit zu vertreten verstanden. Ihre Beteiligung an der Suezkampagne des Jahres 1956 hat selbst bei ihren Freunden nur geteilte Aufnahme gefunden, ebenso ihre beharrliche Ablehnung, in der Flüchtlingsfrage eine mehr initiative Rolle zu

spielen. Ihr Ausbrechen aus der arabischen Umklammerung zu Beginn des Sechstagekrieges war dagegen unseres Erachtens ein Akt legitimer Notwehr. Vieles von dem, was nachher geschah, die Annexion Ostjerusalems, das Errichten von Wehrdörfern in arabischen Territorien, das Beharren auf direkten Verhandlungen mit den Arabern, hat der israelischen Sache eher Abbruch getan. Dazu kommt, dass jede Okkupation fremder Territorien, mag sie auch von dem berechtigten Wunsch nach strategischer Sicherheit bestimmt sein, die Okkupationsmacht auf lange Sicht korrumpieren und brutalisieren muss.

Man darf jedoch nicht vergessen, dass man es mit einem kleinen Volk zu tun hat, welches mit dem Rücken gegen das Meer steht und kaum eine andere Alternative besitzen dürfte, als sich kämpferisch zu behaupten oder unterzugehen. Weder die Militärdiktaturen noch die Feudalstaaten, von denen es umringt ist, sind ihrem innersten Wesen nach dazu fähig, sich mit einem politischen Fremdkörper abzufinden, der schon durch seine bloße Existenz eine lebendige Anklage gegen die arabische Regierungs- und Unterdrückungspraxis ist. Sie werden in ihrer intransigenten Haltung durch die ihnen heute fast uneingeschränkt gewährte militärische sowie propagandistische Hilfe der Sowjetunion noch weiter bestärkt. Kein Wunder, dass die israelische Staatsführung der tödlichen Gefahr an ihren Grenzen zu begegnen versucht, indem sie ihre echten und vermeintlichen strategischen Interessen jeder anderen Erwägung überordnet.

4. Die USA und Israel

Als Israel seine Geburtsurkunde aus der Hand der Vereinten Nationen empfangt, war die arabische Welt militärisch und politisch noch eine *Quantité négligeable*. Die Dinge haben sich seither nicht unwesentlich geändert, was zum Teil erklärt, dass Israel heute nur mit wenigen Freunden rechnen kann. Unter diesen befindet sich allerdings die führende Grossmacht, die USA.

Wer mit sowjetischen Syllogismen sein geistiges Auskommen findet, kommt in unserer Welt leicht zurecht: Die USA sind eine imperialistische Macht; Israel ist ihr Verbündeter; Israel besorgt die Geschäfte des Imperialismus im Nahen Osten. Das Argument ist von so bestechender Einfachheit, dass es sogar auf manche rechtschaffene Vertreter der Neuen Linken Eindruck macht.

Aber die Wirklichkeit ist komplizierter, als es sich die vulgärmarxistische Schulweisheit träumen lässt. Die Wahrheit ist, dass Amerikas Interessen im Nahen Osten durch die Freundschaft mit Israel eher beeinträchtigt als gefördert werden. Die grossen Ölvorkommen, die militärischen Basen, die potentiellen Märkte für die amerikanische Industrie liegen in den von 40 Millionen arabischsprechenden Menschen besiedelten Gebieten – und nicht in dem winzigen, von 2,5 Millionen Menschen bewohnten Israel.

Es stellt sich so die Frage, warum die USA in einem ihren materiellen Interessen so abträglichen Sinne handeln. Steht nicht ihre Nahostpolitik in einem auffallenden Gegensatz zu ihrer sonstigen Weltpolitik, der die Verteidigung sehr handgreiflicher Interessen zugrunde liegt?

In der Tat, Grossmachtpolitik ist kein mathematisches Exempel, das nur elegante Lösungen zulässt. Ein Wort Schumpeters, dass Amerikas Aussenpolitik nichts anderes als nach aussen projizierte Innenpolitik sei, mag uns das Verständnis für seine heutige Nahostpolitik erleichtern.

Zwei Umstände verdienen in diesem Zusammenhang besondere Beachtung: erstens der politische Einfluss, den die amerikanische Judenschaft als zahlenmässig sowie wirtschaftlich bedeutende Minderheit ausüben vermag; und zweitens das Gewicht der öffentlichen Meinung, der sich keine amerikanische Regierung – selbst die Richard Nixons, die der Sache Israels eher distanziert und skeptisch gegenübersteht – auf die Dauer entziehen kann. In einer Demokratie ist die öffentliche Meinung, wie es auch die Vietnamfrage zeigt, keine blosse Fiktion.

Wir wissen nicht, ob der israelische Verteidigungswille und die – freilich nur zögernd gewährten – amerikanischen Hilfeleistungen ausreichen werden, um die täglich wachsende Drohung der arabischen Welt und der mit ihr verbündeten Sowjetmacht auf die Dauer wettzumachen. Die Nachfolger Lenins, die heute dem arabischen Chauvinismus so bedenkenlos Vorschub leisten, mögen sich jedoch fragen – *bevor es zu spät ist* –, ob sie tatsächlich bereit sind, vor der Weltgeschichte die Mitverantwortung für das grösste Judenmassaker seit den Tagen von Auschwitz, Warschau, Majdanek und Treblinka zu übernehmen. «Neues Forum», Heft 193

Aber allzu viele kommunistische Parteien haben sich dort, wo sie an die Macht gekommen sind, an die Stelle der Arbeiterklasse gesetzt und haben unter der Fiktion, im Namen der Arbeiterklasse zu sprechen, die Arbeiterklasse zum Schweigen und zur Passivität verurteilt. Sie haben aus der marxistischen Forschungsmethode ein Instrument der Apologetik gemacht.

Nur durch täglichen Wettbewerb kann man beweisen, dass man tatsächlich besser ist.